



Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend

66. Sitzung (öffentlicher Teil)¹

29. Oktober 2015

Düsseldorf – Haus des Landtags

10:00 Uhr bis 12:30 Uhr

Vorsitz: Margret Voßeler (CDU)

Protokoll: Uwe Scheidel

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

**1 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes
Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2016 (Haushaltsgesetz
2016)**

8

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/9300
Vorlage 16/3172
Vorlage 16/3258
Weitere Vorlage wird erwartet

In Verbindung mit

**Finanzplanung 2015 bis 2019 mit Finanzbericht 2016 des Landes
Nordrhein-Westfalen**

Vorlage 16/9301

– Einzelberatungen

¹ nichtöffentlicher Teil nöAPr 16/191

- Aussprache 8
- 2 Gesetz zur Änderung des Kinderbildungsgesetzes 10**
- Gesetzentwurf
der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 16/8446
- APr 16/996
- Auswertung der Anhörung
- Aussprache 10
- 3 Erstes allgemeines Gesetz zur Stärkung der Sozialen Inklusion in Nordrhein-Westfalen 15**
- Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/9761
- Der Ausschuss verständigt sich einvernehmlich auf den Vorschlag des Abgeordneten Walter Kern, sich an der Anhörung des federführenden Ausschusses für Arbeit, Gesundheit und Soziales am 18. November 2015 pflichtig zu beteiligen.
- 4 Ehrenamtliche Jugendarbeit stärken – Kommunen, Träger sowie Sportvereine und -verbände bei der Praxis von Führungszeugnissen nach § 72 a SGB VIII unterstützen 16**
- Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 16/7781
APr 16/955
- Abschließende Beratung und Abstimmung
- Aussprache 16
- Für den Antrag der Fraktion der FDP Drucksache 16/7781 stimmen die Fraktion der FDP und die Piratenfraktion. Gegen den Antrag stimmen die SPD-Fraktion und die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Die Fraktion der CDU enthält sich.

Der Antrag der Fraktion der FDP Drucksache 16/7781 ist damit mehrheitlich abgelehnt.

5 Kindertageseinrichtungen und Kindertagespflege bei der Bildung, Betreuung und Erziehung von Kindern aus Flüchtlingsfamilien besser unterstützen! **20**

Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 16/9802

Der Ausschuss verständigt sich einvernehmlich darauf, am 18. November zum Thema des Tagesordnungspunktes eine Anhörung zu veranstalten.

6 Integration von Flüchtlingen umfassend und vorausschauend gestalten – Krisenmodus bei der Flüchtlingsaufnahme darf Integration nicht behindern **21**

Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 16/9801

Der Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend wird sich an der Anhörung des Integrationsausschusses zum Antrag der Fraktion der CDU Drucksache 16/9801, die am 18. November 2015 stattfindet, pflichtig beteiligen.

7 Familienbericht Nordrhein-Westfalen „Familien gestalten Zukunft“ **22**

Bericht der Landesregierung
Vorlage 16/3249

8 Vorstellung des Projektes „Do IT“ **28**

Projektvorstellung durch die Diakonie Wuppertal

9 Kita-Konzept: „Early Excellence“ in Mülheim a. d. Ruhr **33**

Bericht der Landesregierung
Vorlage 16/3344

10 Jugendbeteiligung 35

11 Verschiedenes 36

* * *

7 Familienbericht Nordrhein-Westfalen „Familien gestalten Zukunft“

Bericht der Landesregierung
Vorlage 16/3249

Vorsitzende Margret Voßeler legt dar, die Landesregierung habe das Plenum in der Sitzung am 30. September 2015 über den Familienbericht unterrichtet. Es erscheine ihr als Vorsitzende angemessen, diesen Bericht auch im zuständigen Fachausschuss zu behandeln. Der Bericht sei als Vorlage 16/3249 verteilt worden.

Walter Kern (CDU) dankt zu Beginn seiner Ausführungen allen an der Erstellung des Familienberichts Beteiligten. Aus Sicht der Enquetekommission, die sich speziell mit dem Familienaspekt befasse, habe er allerdings zu monieren, dass der Bericht nicht schon eher vorgelegen habe. Es sei für die Oppositionsparteien unerfreulich gewesen, dass die anderen Parteien schon aus dem Bericht hätten zitieren können.

(Ingrid Hack [SPD]: Das stimmt nicht, Walter!)

Der Bericht alleine reiche als Basis für weiteres familienpolitisches Vorgehen nicht aus. Trotzdem halte er wichtige datenbezogene Analysen bereit, die durchaus nützlich seien. Die Enquetekommission werde sich Gedanken machen, wie parlamentarische Initiativen abgeleitet werden könnten.

Ingrid Hack (SPD) erwidert auf den Vorhalt des Abgeordneten Kern, aus einem Bericht, der noch nicht fertiggestellt worden sei, könne niemand zitieren. Da der Bericht aber mittlerweile vorliege, könnten sich sowohl die Enquetekommission als auch der hiesige Ausschuss mit ihm auseinandersetzen. Die Datensammlung dort erlaube es, neue Erkenntnisse zu entwickeln. Manche Erkenntnis sei auch bestätigt worden. Das gelte zum Beispiel für den Faktor „Zeit“ im Zusammenhang mit der Vereinbarkeit von Familie und Beruf: Immer wieder stoße Politik auf die Frage, wie Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber noch besser ins Boot geholt werden könnten. Da Appelle mitunter nicht auszureichen schienen, müsste wohl über Verpflichtungen nachgedacht werden. Ausweislich des Berichts seien manche Beratungs- und Hilfeangebote den Zielgruppen, für die sie eigentlich gedacht seien, nicht bekannt oder würden nicht ausreichend genutzt. Politik müsse über Wege nachdenken, um für mehr aufsuchende Arbeit zu sorgen. Das Land könne die Arbeit, die die Kommunen leisteten, unterstützen.

Der Familienbericht der Landesregierung, so **Andrea Asch (GRÜNE)**, erlaube es, die Lage von Familien in Nordrhein-Westfalen genauer kennenzulernen. Politik könne aus dem erheblichen Fundus an Daten schöpfen. Der Bericht rege überdies einen gesellschaftlichen Diskurs an, führten Familien doch mitunter ein manchmal schwieriges Schattendasein in der öffentlichen Wahrnehmung.

Familienstrukturen hätten sich in den vergangenen 25 Jahren sehr verändert. „Familie“ sei bunter und vielfältiger geworden. Ihre Fraktion hätte sich einen stärkeren Fokus auf diese Vielfalt gewünscht. Diese Aufgabe könne die Enquetekommission übernehmen,

gebe es doch sicherlich noch mehr Forschungsergebnisse, die eingearbeitet werden könnten.

Familien säßen mitunter in der Zeitfalle. Aus grüner Sicht seien an der Stelle die Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber gefordert. Sie müssten mit Blick auf die Zukunft ein besonderes Interesse daran haben, ihren Bedarf an Fachkräften zu sichern und dass Nachwuchs in Form von Kindern da sei. Junge Eltern müssten die Möglichkeit haben, mehr Zeit für Familie zu nehmen. Diese spannende Erkenntnis habe sie dem Bericht entnommen. Wunsch und Wirklichkeit klapften insbesondere bei Vätern an der Stelle allerdings weit auseinander, weil sie sich zwar oft wünschten, mehr Zeit mit ihren Kindern zu verbringen, die Arbeitszeit dies allerdings nicht zulasse. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf müsse im Rahmen von flexiblen Arbeitszeitmodellen besser umgesetzt werden. Die Arbeitgeber zeigten in diesem Zusammenhang aber immer noch eine starre Haltung. Zeitmanagement sei ein Thema für die Zukunft.

Bernhard Tenhumberg (CDU) hält den Rahmen innerhalb der heutigen Sitzung zur Befassung mit dem Bericht für zu knapp. Politik habe Visionen und komplexe Fragestellungen zu erörtern. Dazu gehörten zum Beispiel die Tarifpartner und die Verteilung des Arbeitsvolumens. Die Aufgabe, die sich stelle, sei gesamtgesellschaftlicher Natur.

Seine Fraktion wolle den Bericht zunächst auswerten und mit den Verbänden besprechen. Einige Daten, die er nicht habe nachvollziehen können, würden einer kritischen Nachbetrachtung unterstellt. Wo Handlungsbedarf bestehe, orientiere er an der Interpretation der Daten- und Faktenlage. Er könne sich zur Befassung mit dem Familienbericht durchaus eine Fachtagung unter Beteiligung der Expertinnen und Experten sowie der Betroffenen in der Familienpolitik vorstellen. Aus dem Bericht einzelne Themen herauszulösen, sei ihm nicht angemessen genug.

Der Familienbericht biete zwar, schließt sich **Daniel Düngel (PIRATEN)** den Ausführungen seines Vorredners an, eine umfangreiche Datenlage; aber vor allem biete er ein Sammelsurium an Baustellen in der Familienpolitik des Landes Nordrhein-Westfalen, die bewältigt werden müssten. Diese Aufgabe sei nicht alleinige Aufgabe der Landesregierung, sondern eine des Parlaments in seiner Gesamtheit. Er hoffe, dass unter der neuen Ministerin etwas mehr Digitalisierung in das Familienministerium einziehe. Fakt sei, dass bisher an vielen Stellen in Bezug auf familienpolitische Leistungen die Evaluation fehle. Auch deshalb erfordere die Befassung mit dem Familienbericht einen umfangreicheren zeitlichen Rahmen. Seine Fraktion werde einzelne Aspekte des Berichts aufgreifen und im Rahmen von Tagesordnungspunkten auf die Agenda bringen.

Marcel Hafke (FDP) bezweifelt, dass die über den Bericht verfügbaren Daten wirklich den Status Quo wiedergeben. Möglicherweise habe die Landesregierung eher veraltetes Datenmaterial sehr eigenwillig interpretiert. Das habe er schon während der plaren Befassung anhand einiger Beispiele verdeutlichen können. Auch wenn man den Bericht – wie dies die Piratenfraktion und die CDU-Fraktion schon dargestellt hätten – nicht zwischen Tür und Angel analysieren könne, wolle er doch zum Beispiel das

Thema „U3-Plätze“ erwähnen: Laut Bericht hätten diejenigen, die keinen Kitaplatz bekommen hätten, dies für sich selber so entschieden. Allerdings hätten von den 65 % ohne Kitaplatz 20 % gar keinen Platz gefunden. Das lasse wiederum den Schluss zu, dass in Nordrhein-Westfalen doch zu wenige Plätze vorhanden seien. Hochgerechnet fehlten in Nordrhein-Westfalen 50.000 U3-Plätze. Es wäre an der Stelle Aufgabe der regierungstragenden Fraktionen und der Landesregierung, im Rahmen der Haushaltsdebatte entsprechende Schwerpunkte zu setzen und die Kommunen zu unterstützen.

Über „Öffnungszeiten“ als laut Familienbericht ebenfalls sehr entscheidendes Thema habe der Ausschuss ausführlich diskutiert. Für 15 % der Familien gebe es keine bedarfsgerechten Öffnungszeiten. Darauf müsse in Form eines Gesetzes entsprechend reagiert werden. – Bei einer Qualitätsdiskussion um die Kitas habe die Landesregierung nicht die Gruppe der Erzieherinnen und Erzieher befragt. Immerhin arbeiteten diese ja Tag für Tag in den Einrichtungen.

Wie gedenke die Landesregierung auf die Herausforderungen zu reagieren, die über die Punkte hinaus, die er angeführt habe, dem Bericht zu entnehmen seien?

Ina Scharrenbach (CDU) kommt auf die Absicht der Landesregierung zurück, schon im Jahr 2015 ein übertragbares Konzept zum Thema „Zeitsensible Familienpolitik“ zu entwickeln. Angeblich habe die Landesregierung keine Kommune gefunden, die sich im Rahmen eines Modells habe einbringen wollen. Die Ressourcen aus dem Jahr 2015 sollten für 2016 auf ein anderes Projekt übertragen werden.

Müsse sie, Scharrenbach, daraus den Schluss ziehen, dass die Landesregierung 2016 das Thema „Zeitsensible Familienpolitik“ nicht mehr weiterverfolge?

Ingrid Hack (SPD) möchte dem Eindruck, der sich ihr vermittelt habe, entgegentreten, der Familienbericht werde „by the way“ thematisiert. Es bleibe den Fraktionen doch unbenommen, den Bericht im Rahmen der Folgesitzungen auf die Tagesordnung zu setzen. Dem Vorwurf, dass es sich aktuell um die Debatte zum Familienbericht handle, trete sie deutlich entgegen. Dass in dem Bericht die Situation der Fachkräfte außen vor bleibe, habe damit zu tun, dass es sich um einen *Familienbericht* handle. Trotzdem werde die Situation des Fachkräftepersonals, das für die Qualität in den Einrichtungen relevant sei, nicht aus den Augen verloren.

Wolfgang Jörg (SPD) empfindet es als hervorragend, dass zur Erstellung des Familienberichts die Familien mit ihren Befindlichkeiten gefragt worden seien. Der Familienbericht sei als Beitrag gedacht, wie sich Familien fühlten. Daraus müssten politische Handlungsfelder entwickelt werden. Der gesamte Familienbericht werde für die Arbeit in der Enquetekommission Stichwortgeber sein.

„Sensible Familienzeitpolitik“ sei in der Tat ein Schwerpunkt. In Dortmund etwa sei es gelungen, über die Mittel aus dem Konnexitätsausgleich für längere Öffnungszeiten (8 Uhr bis 18 Uhr) in mindestens einer Kita je Stadtbezirk zu sorgen. Damit sei es gelungen, 90 % des Elternbedarfs zu decken. In Bezug auf Familienpolitik gebe es

eine kommunale Perspektive. Dort finde die eigentliche Jugend- und Familienpolitik statt und die Bedarfe würden ermittelt.

Im Anschluss an die Ausführungen aus dem Ausschuss äußert sich zunächst **Ministerin Christina Kampmann (MFKJKS)**:

Ich danke Ihnen zunächst einmal ganz herzlich für Ihre Beiträge, die sehr vielfältig gewesen sind, und möchte mit dem Beitrag von Frau Asch anfangen, die einen ganz wichtigen Punkt angesprochen hat: Sie haben gesagt, dass es darum geht, einen gesellschaftlichen Diskurs über das Thema „Familienpolitik“ anzustoßen. Ich teile Ihre Meinung. Das ist schon sehr erfolgreich passiert, und wir möchten es fortsetzen. Lassen Sie mich ein Beispiel geben: Wir haben letzten Freitag einen Familienkongress stattfinden lassen, wo wir den Familienbericht einer breiten Öffentlichkeit vorgestellt haben. Das ist sehr positiv aufgenommen worden. Wir haben deutliche Signale von der Wissenschaft und aus der Praxis bekommen, dass sie diesen Prozess weiterbegleiten möchten. Wir hatten dazu ein Podium, auf dem die Vertreter der Wirtschaft ganz interessante Impulse für die Weiterentwicklung des Familienberichts gesetzt haben.

Das heißt: Ich habe den Eindruck, dass das Thema „Vereinbarkeit von Familie und Beruf“ auch vonseiten der Wirtschaft als immer dringender gesehen wird und die Wirtschaft bereit ist, kreative Lösungen in diesen Bereich einzubringen.

Frau Asch, Sie haben die Väter und ihre Rolle angesprochen. Sie haben – das kam auch in dem Familienbericht heraus – vollkommen recht: Väter wünschen sich, mehr Zeit für ihre Familie zu haben. Häufig beneiden sie ihre Partnerin darum, dass sie so viel Zeit mit den Kindern verbringen kann. Gerade wenn wir über das Thema „Väter“ reden, können wir an dieser Stelle als Politik gar nicht so viel machen, sondern nur den gesellschaftlichen Diskurs verstärken. Deshalb habe ich es ja auch schon in meinem Eingangsstatement gesagt: Ich freue mich sehr darauf, dass wir im ersten Halbjahr 2016 eine Kampagne dazu machen, um das Thema in die Gesellschaft und die Wirtschaft zu tragen, damit dort ein anderes Verständnis für Vätern mit ihrer anderen Rolle, die sich sehr stark gewandelt hat, entsteht.

In Bezug auf Regenbogenfamilien hätten sie sich gerne einen stärkeren Fokus gewünscht. Dazu möchte ich sagen: Ich betrachte den Familienbericht nicht als abschließende Analyse, sondern als einen Grundstein, auf dem wir gemeinsam Familienpolitik weiterentwickeln können. Das sollte meiner Meinung nach durchaus auch in die Richtung von Regenbogenfamilien gehen und passt ein bisschen zu dem, was auch Herr Tenhumberg gesagt hat: Das Thema ist eigentlich viel zu komplex für eine einzige Ausschusssitzung. Das sehe ich genauso. Deshalb möchten wir dazu im nächsten Jahr einen Familiengipfel veranstalten. Sie haben nämlich vollkommen recht, dass wir das gar nicht alleine stemmen können. Wir müssen die Wirtschaft, die Gewerkschaften und weitere Partnerinnen und Partner ins Boot holen. Es gibt einfach viel zu viele Bereiche, in denen wir allerdings alle gemeinsam an einem Strang ziehen müssen.

Wenn wir dazu im nächsten Jahr eine längere Sitzung machen können – gerne mit den Partnerinnen und Partnern, die am Familienbericht selber mitgewirkt haben –, bin ich dafür sehr offen und würde mich sehr darüber freuen.

Ich habe mir die Ausführungen im Plenum zum Thema „Familie 4.0“ angeschaut. Natürlich möchte ich gerne mit Ihnen zusammen eine moderne Familienpolitik entwickeln. Ich habe mir angeschaut, was die Piraten unter einer „Familie 4.0“ verstehen. Ehrlich gesagt ist mir das aber noch nicht ganz klar geworden.

(Heiterkeit)

Ich würde mich freuen, wenn wir die Diskussion gerade an dem Punkt fortsetzen können, weil ich glaube, dass wir speziell dort gut aufgestellt sein sollten. Digitalisierung beeinflusst und verändert Familie immerhin. An der Stelle bin ich sehr offen. Wir sollten das Thema konkret mit Leben füllen. Ich freue mich an der Stelle auf einen gemeinsamen Prozess.

Herr Hafke, Sie haben viele Punkte angesprochen, unter anderem, dass die Daten veraltet seien – wenn auch nicht alle. Dazu möchte ich sagen: Wir haben transparent gemacht, aus welchem Jahr die Daten sind. Sie sind nämlich aus den Jahren 2013 und 2014. Aktuellere Daten konnten wir nicht nehmen, weil wir nur die aus dem Jahr 2014 hatten und den Familienbericht jetzt erst erstellt haben. Allerdings haben wir jeweils kenntlich gemacht, aus welchem Jahr die Daten sind. Ich glaube nicht, dass es gerechtfertigt ist, bei Daten aus dem Jahr 2014 wirklich von veralteten Daten zu sprechen. Gerade in den Bereichen hat sich in einem Jahr oder wenigen Monaten gar nicht so viel entwickelt.

Überdies haben wir die Daten nicht selbst generiert, sondern wissenschaftliche Institute um ihre Mithilfe gebeten haben. Beispielsweise war das Emnid-Institut beteiligt. Wir haben also auch an der Stelle versucht, das Thema möglichst breit zu streuen.

Sie monierten, dass wir die Erzieherinnen und Erzieher nicht einbezogen haben. Das stimmt an der Stelle nicht ganz, denn auch der Erziehverband war im Beirat vertreten. Es gab ja einen Beirat, der die Erstellung des Familienberichts begleitet hat. Deshalb hatten wir die verbandliche Meinung der Erzieherinnen und Erzieher durchaus an der Stelle an unserer Seite.

Frau Scharrenbach, Sie haben „Zeitsensible Familienpolitik“ angesprochen. Mit den Geldern, die wir für dieses Thema vorgesehen haben, haben wir Familienbüros unterstützt. Die Familienbüros befinden sich in den Kommunen. Der entsprechende Vorgang findet auch weiterhin in den Kommunen statt. Es ist also nicht so, also werde dort nichts mehr gemacht, sondern wir unterstützen damit die Familienbüros in den Kommunen. Dort wird das Ganze auch in Zukunft laufen.

Staatssekretär Bernd Neuendorf (MFKJKS) ergänzt die Ausführungen von Ministerin Kampmann:

Um der Legendenbildung entgegenzuwirken, möchte ich auf eine Bemerkung von Herrn Hafke reagieren. Sie haben zum wiederholten Male – im Plenum und hier schon wieder – behauptet, im Familienbericht stehe, 20 % der Eltern würden keine U3-Betreuung in Anspruch nehmen, weil ihnen schlichtweg kein Betreuungsplatz zur Verfügung gestanden habe. Das ist schlichtweg nicht korrekt. Lesen Sie den Familienbericht genau. Dort steht nämlich nicht, dass die Familien keinen Platz gefunden haben, sondern sie haben nicht den Platz gefunden, den sie explizit wollten. Es gab schon Plätze für diese Eltern, nur hat es sich dabei nicht um den Wunschplatz der Eltern gehandelt. Ich lege darauf großen Wert und möchte es für das Protokoll festhalten: Ihre falsche Behauptung wird nicht dadurch richtiger, dass Sie sie überall wiederholen.